

Einigung auf Aluminium-Zollkontingente kennt nur Verlierer

Europas Aluminium-Wertschöpfungskette steht auf dem Spiel

Düsseldorf, 2. November 2021

Aluminium Deutschland für freien Handel zwischen der EU und den USA

Die vermeintliche Lösung im Handelsstreit zwischen der EU und den USA bringt das Risiko neuer Marktungleichgewichte mit sich. Mit der Einigung auf Zollkontingente, die ab 2022 die bestehenden Section-232-Zollsätze auf EU-Aluminiumprodukte in Höhe von 10 Prozent ersetzen werden, folgt eine neue wettbewerbsverzerrende Maßnahme auf eine bestehende. „Auch Quoten stehen im Widerspruch zum Gedanken des Freihandels. Darunter leidet die Wettbewerbsfähigkeit der Aluminiumindustrie und ihrer Kunden auf beiden Seiten des Atlantiks.“ betont Marius Baader, Geschäftsführer von Aluminium Deutschland.

Aluminiumimporte aus Europa haben nie eine Gefahr für die nationale Sicherheit der USA dargestellt. Im Gegenteil: Die Aluminium-Wertschöpfungsketten in den USA und Europa sind eng miteinander verwoben. Beide Handelspartner waren stets Verbündete. Und viele Unternehmen sind in beiden Märkten aktiv. Enttäuschend ist zudem, dass die Quote auf Mengen aus den Jahren 2018 und 2019 basiert und nicht auf einem zukunftssicheren System, das die wachsende Nachfrage nach Aluminium in den kommenden Jahren berücksichtigt.

Zollkontingente verstärken ohnehin unfairen Wettbewerb

Die Zollkontingente stehen somit weiterhin gegen den freien und gleichberechtigten Handel. Die ohnehin ungleichen Wettbewerbsbedingungen werden weiter gestört. Die subventionierten chinesischen Überkapazitäten beeinträchtigen die europäische Produktion und führen zu einer Verzerrung der globalen Märkte sowie der Aluminiumpreise. Damit ist die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Aluminiumindustrie bedroht und ihre Nachhaltigkeitsbestrebungen werden untergraben. Zudem hat die EU längst überfällige Antidumpingmaßnahmen gegen gedumpte chinesische Aluminiumwalzprodukte jüngst ausgesetzt und damit die Situation erneut verschärft.

Grundsätzlich begrüßt Aluminium Deutschland die Entscheidung, ein globales Abkommen über nachhaltigen Stahl und nachhaltiges Aluminium zu entwickeln, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren und den Überkapazitäten in China entgegenzutreten. Die zweijährige Verhandlungszeit über das Abkommen sollte jedoch auch genutzt werden, um die ungerechtfertigten Zölle nach Abschnitt 232 und das Quotensystem dauerhaft abzuschaffen. Die deutsche und europäische Aluminiumindustrie befürchtet, dass die Akzeptanz von Zollkontingenten durch die EU zu einer Normalisierung ihrer Anwendung führt. Das würde den freien und fairen Handel von Aluminium weiter behindern.

Ansprechpartner:**Tim Stappen**

Aluminium Deutschland e. V. (AD)

T + 49 211 4796-276

tim.stappen@alu-d.de